

Ökolumne

von Ulrich Brehme

Zur Bundestagswahl 2013

Deutschland hat gewählt. Die CDU hat die absolute Mehrheit bei der Bundestagswahl knapp verfehlt. Das wichtigste Thema im Wahlkampf war die Euro-Krise, zu der keine der im Bundestag vertretenen Parteien eine überzeugende ökonomische Antwort gab. Die sich überwiegend wirtschaftsliberal gebende FDP rutschte deshalb unter die 5%-Hürde. Rot-Grün verlor die Wahl klar durch ihre Forderung nach der Einführung von Euro-Bonds. 80 Prozent der Wähler lehnen Euro-Bonds ab. Niemand will für die Schulden anderer Staaten haften. Schon jetzt haftet Deutschland mit 27 Prozent für alle Verbindlichkeiten und möglicherweise noch für mehr, wenn ein Euroland pleite geht. Gerade wird in der Eurozone eine Bankenunion geschaffen und die EU versucht an die Rücklagen der deutschen Einlagensicherung zu kommen. Die Schulden aller Europäischen Banken sind um ein Vielfaches höher gegenüber den öffentlichen Schulden der Staaten.

Hinter der Unzufriedenheit mit dem Euro stehen auch viele Vermögende, die ihre Erträge aus ihrer kapitalgedeckten Altersvorsorge verschwinden sehen bzw. real sogar negative Zinsen akzeptieren müssen, die Geldvermögen schrumpfen lassen.

In Südeuropa wurden große finanzielle Werte vernichtet. Schuld ist die laxe Kreditvergabepraxis in Südeuropa nach der Euroeinführung mit Korruption und fehlender Kontrolle. Langfristig kann die Wirtschaftskraft Südeuropas aber nur über Schuldenschnitte und über Investitionen dort steigen, die zu einer steigenden Produktivität führen. Nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft muß derjenige, der den Nutzen hat, auch die Risiken und den Schaden tragen. Banken und Hedge-Fonds müssen zuerst für die Kosten der Bankenkrise geradestehen. Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, große wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktion zu begrenzen.

Eine neue Partei, die „Alternative für Deutschland“ (AfD) scheiterte knapp an der 5%-Hürde. Sie wurde von Wirtschaftsprofessoren gegründet und fordert die Einführung von nationalen Parallelwährungen. Nach deren Einführung würde der Euro sofort inflationieren. Der Euro würde gegenüber der DM eine Form von „schlechtem Geld“, also eine Währung mit höheren Transaktionskosten werden. Der Euro würde dann langsam verschwinden und mit ihm die in Euro festgelegten Vermögen und Schulden, also auch die gegebenen Kredite an Südeuropa. Mit einer Inflationierung über Parallelwährungen würden die Geldvermögen also ebenfalls schwinden. Für Vermögende wäre das auch keine bessere Alternative.

Die AfD will die Energiewende rückgängig machen. Deren Parteivorsitzender Lucke sagte, daß er den Emissionshandel ablehnt und die Zunahme der erneuerbaren Energien stoppen will, da dies die Stromkosten erhöhe. Er lehnt eine klimaschützende Energiepolitik grundsätzlich ab. In der Steuerpolitik will die AfD die Einführung des Kirchhoffschen Bierdeckel-Modells, das die Steuerprogression zum Teil abschafft und daher sozialfeindlich ist.

Die ÖDP ist die einzige Partei, die eine konsequente Internalisierung der Kosten von Umweltschäden fordert. Dies kann über Ökosteuern oder einen funktionierenden Emissionshandel erfolgen. Wenn die Umweltschäden nicht in die Gesamtkosten eingerechnet werden, ändert sich das Verbraucherverhalten nicht. Das kann man auch nicht mit Subventionen über das EEG erreichen, wie es die Grünen wollen.